

PRESSEMITTEILUNG

28.08.2025

AfD-Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Ingo Hahn zur Windkraftplanung des RPV Oberland

Natur und Tourismus im Oberland schützen, Windindustrie-Vorrangflächen stoppen!

Der Regionale Planungsverband Oberland (RPV) bereitet derzeit die Ausweisung von Vorrangflächen für Windindustrieanlagen zur Umsetzung der bundesrechtlichen Flächenvorgaben vor. Hierzu gingen zahlreiche ablehnende Stellungnahmen der betroffenen Gemeinden ein, sodass sich der Grünen-Abgeordnete Karl Bär veranlasst sah, die Kommunen zur Aufgabe ihres Widerstands aufzurufen und auf die angeblichen Vorzüge der Windkraft hinzuweisen. Derweil stellt sich auch in Regierungskreisen die Frage, ob am unwirtschaftlichen System der Schwachwindsubventionen (Referenzertragsmodell) festgehalten werden soll, welches der Münchener Vize-Landrat Otto Bußjäger von den Freien Wählern zuletzt öffentlich unterstützt hatte.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Bad Tölz-Wolfratshausen-Miesbach und Geoökologe Prof. Dr. Ingo Hahn nimmt hierzu wie folgt Stellung:

„Leider soll die Windenergie aufgrund des ideologisch motivierten Drucks aus Berlin auch in den windschwachen Landkreisen des Oberlands ausgebaut werden, weshalb nun der RPV entsprechende Vorrangflächen sucht. Die AfD lehnt Windräder grundsätzlich ab, da sie nicht-grundlastfähigen Flatterstrom produzieren und aufgrund der Auswirkungen auf Wald und Tiere hochgradig schädlich sind.

Besonders unsinnig ist es jedoch, Windindustrieanlagen im windschwachen Oberland zu errichten, die nur auf Kosten des Stromkunden durch die Schwachwind-Subventionierung wirtschaftlich sind. Dieses absurde Referenzertragsmodell, das die Errichtung unwirtschaftlicher Anlagen in Bayern ermöglichen soll, ist Teil des verheerenden Erbes von Ex-Wirtschaftsminister Habeck, der inzwischen selbst eingesehen hat, dass seine ökosozialistische Politik abgewählt wurde. Ich fordere die Bundesregierung daher auf, dem Wählerwillen Folge zu leisten und dieses linksideologische System zu beenden. Außerdem werde ich mich im Bundestag für die Abschaffung sämtlicher Windkraft-Fördergesetze (EEG, WindBG etc.) einsetzen.

Es ist sehr erfreulich, dass viele Gemeinden im Wahlkreis erkannt haben, dass Windenergie im Oberland ein gefährlicher Irrweg für Wälder, Tiere und Gesundheit ist und sie daher Vorrangflächen auf ihrem Gebiet ablehnen. Im Gegensatz zu Herrn Bär bin ich davon überzeugt, dass sich die Errichtung von `Windparks` im Oberland auch sehr negativ auf den Tourismus auswirken würde, der für unsere Region besonders wichtig ist. Denn wer will schon im Industriegebiet mit Vogelschredderanlagen, die den Alpenblick verstellen und Ortschaften umzingeln, Urlaub machen?

Ich möchte daher die hiesigen Kommunalpolitiker ermuntern, an ihrer Ablehnung von Vorrangflächen festzuhalten, damit in der RPV-Region Oberland nur das absolute Minimum an Windkraftflächen ausgewiesen wird. Außerdem sollten sich die Gemeinden zusammen mit den vielen engagierten Bürgerinitiativen dafür einzusetzen, möglichst viele Ausschlussgebiete auszuweisen, um Natur und Landschaftsbild effektiv zu schützen.“